Biner attackiert Stromabkommen

Das Stromabkommen verspricht der Walliser Wasserkraft neue Chancen. Doch zu welchem Preis? Vier Knackpunkte – eine Einordnung.

Armin Bregy

Es war eine illustre Runde, die sich am Dienstagnachmittag im World Nature Forum in Naters versammelt hatte: Vertreter der Energie- und Wasserkraftbranche, politische Entscheidungsträger, Umweltverbände und Journalisten nationaler Titel. Das Interesse am Anlass Energiewende im Alpenraum war gross. Kein Zufall: Die energiepolitischen Weichenstellungen der kommenden Jahre betreffen das Wallis in besonderem Mass. Umgekehrt ist das Wallis der Schlüsselkanton der Schweizer Stromproduktion. Seine rund 160 Wasserkraftwerke erzeugen jährlich etwa zehn Terawattstunden Strom – fast 30 Prozent der gesamten schweizerischen Wasserkraftproduktion. Und: Von den 16 Wasserkraftprojekten des runden Tisches sollen acht im Wallis realisiert werden. Neun weitere sind für die Aufnahme in den Richtplan vorgesehen.

Um die Walliser Wasserkraft wird seit Jahrzehnten gerungen. Und das Ringen geht weiter. Am Anlass in Naters ging es um auslaufende Konzessionen, anstehende Heimfälle, neue Kraftwerke und das Stromabkommen mit der EU. Im Kern die Frage: Wer verfügt künftig über die Walliser Wasserkraft – und wer profitiert von ihrer Wertschöpfung?

Organisiert wurde der Anlass von der energate GmbH, einem deutschen Fachmedienunternehmen mit engen Geschäftsbeziehungen zur Branche. Im Zentrum standen zwei unterschiedliche Perspektiven auf das Stromabkommen mit der EU: Die Walliser Energieministerin Franziska Biner (Die Mitte Oberwallis) warnte vor möglichen Einschränkungen der kantonalen Rechte. Energieökonom Markus Flatt, Partner der Beratungsfirma EVU Partners AG, hält diese Befürchtungen hingegen für überzogen. Auffällig war dabei die ungleiche Gewichtung der beiden Positionen: Flatt erhielt deutlich mehr Redezeit als Biner.

Knackpunkt 1: Die Heimfälle

Für Biner ist die Ausgangslage klar: Möglichst viel der Wertschöpfung aus der Walliser Wasserkraft soll künftig im Kanton bleiben. Die auslaufenden Konzessionen böten dafür eine historische Gelegenheit. Vor rund 80 Jahren hätten die Walliser Gemeinden und der Kanton die grossen Staudammprojekte finanziell nicht stemmen können. Nun eröffne sich die Chance, die eigenen Ressourcen stärker selbst zu bewirtschaften und wirtschaftlich davon zu profitieren, sagte sie.

Doch dieser Anspruch ist nicht selbstverständlich. Michaël Plaschy, Leiter Hydro Power Schweiz bei Alpiq, machte deutlich: Die Unternehmen seien zwar bereit, die Heimfälle zu respektieren. Gleichzeitig erwarteten sie, dass ihre Investitionen und Kosten bis zum Ende der Konzessionen abgesichert blieben.

«Niemand investiert in ein Projekt, wenn er damit rechnen muss, Geld zu verlieren», sagte Plaschy mit Blick auf die geplanten Ausbauvorhaben. Restwertvereinbarungen seien deshalb eine notwendige Voraussetzung, um die Projekte voranzubringen. Die Gespräche darüber verliefen konstruktiv. Die Betreiber seien bereit, Anlagen zu realisieren, von denen später andere profitieren könnten. Bis zum Heimfall müssten die heutigen Konzessionäre jedoch schadlos gehalten werden. Auch danach möchte Alpiq im Wallis präsent bleiben. «Wir kennen das Gesetz und werden es vollumfänglich respektieren. Gleichzeitig sind wir heute im Wallis stark präsent und verfügen über das nötige Know-how. Deshalb möchten wir auch künftig eine Rolle spielen – wenn auch möglicherweise mit kleineren Beteiligungen», sagte Plaschy.

Zeichnet sich da ein Interessenkonflikt ab? Kanton und Gemeinden wollen ihre Position in der Wasserkraft stärken. Die bisherigen Betreiber wiederum wollen ihre Investitionen absichern und auch künftig am Geschäft beteiligt bleiben. Dass die Gemeinden in den Verhandlungen möglichst viel herausholen wollten, sei nachvollziehbar, räumte Plaschy ein. Die Erwartungen der Unternehmen seien aber ebenfalls legitim: «Wir wollen unsere Kosten decken und mit den Projekten kein Geld verlieren.»

Knackpunkt 2: Das Stromabkommen

In diese Neuordnung fällt auch das Stromabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Für Biner ist keineswegs ausgemacht, dass die kantonalen Interessen damit ausreichend geschützt sind. Die Vorteile des Abkommens für die Versorgungssicherheit und die Netzstabilität stellte sie zwar nicht grundsätzlich infrage. Für die Gebirgskantone ortet sie jedoch erhebliche Risiken.

Besonders heikel ist für die Walliser Energieministerin die Frage, ob die kantonale Hoheit über die Wasserkraft tatsächlich unangetastet bleibt. Der Bund verweist auf eine Verständigung zwischen den Schweizer und den europäischen Chefunterhändlern. Demnach sollen die Wasserkraft und die Konzessionsvergabe nicht unter das Abkommen fallen. Biner reicht diese Zusicherung nicht. Sie hält die Verständigung rechtlich für zu wenig verbindlich und verlangt eine klare Bestätigung der EU. «Beteuerungen des Bundesrats allein reichen uns juristisch nicht», sagte sie.

Biners Sorge: Wenn europäische Wettbewerbsregeln künftig stärker greifen, könnte dies den Handlungsspielraum von Kanton und Gemeinden bei der Nutzung ihrer Ressourcen einschränken.

Flatt widersprach dieser Einschätzung. Das Stromabkommen regle den Zugang zum europäischen Strombinnenmarkt und bedeute keine generelle Übernahme des EU-Rechts. Die dynamische Rechtsübernahme beschränke sich auf klar definierte Bereiche. Er sehe deshalb keinen Grund, weshalb die kantonale Hoheit über die Wasserkraft oder die Konzessionsvergabe ausgehebelt werden sollte. Die Befürchtungen der Gebirgskantone seien aus seiner Sicht überzogen.

Knackpunkt 3: Die Subventionen

Wie gross das Potenzial der Walliser Wasserkraft ist, zeigt ein Blick auf die Ausbaupläne. Christian Dupraz, Leiter Wasserkraft beim Bundesamt für Energie, betonte, dass dem Kanton Wallis und seinen Gemeinden dabei eine zentrale Rolle zukomme. Denn neben den acht Projekten des runden Tisches seien weitere Vorhaben im Wallis durchaus denkbar.

Der Weg zur Realisierung ist allerdings anspruchsvoll. Die Hindernisse seien von Projekt zu Projekt unterschiedlich, sagte Dupraz. Mal gehe es um die Wirtschaftlichkeit, mal um die hydrologischen Voraussetzungen.

Ein entscheidender Faktor bleibt die Finanzierung. Der Bund kann bis zu 60 Prozent der anrechenbaren Kosten subventionieren. Für Dupraz ist das bereits ein beträchtlicher Anteil. Zwar könne die Politik darüber diskutieren, die Obergrenze anzuheben. Doch die verfügbaren Mittel seien begrenzt. «Wir dürfen Projekte nicht übermässig fördern», sagte er. Wenn ein Vorhaben dank der Subventionen sehr rentabel werde, müsse geprüft werden, ob die Förderbeiträge nicht reduziert werden sollten. Dies könnte unter Umständen den geplanten Mehrzweckspeicher Gornerli oberhalb von Zermatt betreffen.

Auch das Stromabkommen spielt in dieses Thema hinein. Biner will daher sicherstellen, dass die öffentliche Hand ihre Aufgaben weiterhin wahrnehmen und sich an der Energieproduktion beteiligen kann. Dazu gehört aus ihrer Sicht auch, dass staatliche Unterstützung nicht durch neue rechtliche Vorgaben eingeschränkt wird.

Flatt beurteilt die Auswirkungen weniger kritisch. Investitionsbeiträge für den Ausbau von Wasserkraft, Solar- und Windenergie seien im Abkommen abgesichert. Anders verhalte es sich mit der sogenannten Marktprämie, mit der Grosswasserkraftwerke bei tiefen Marktpreisen unterstützt werden können. Diese sei allerdings ohnehin als befristete Übergangslösung vorgesehen gewesen.

Knackpunkt 4: Der Klimawandel

Biner setzte einen weiteren Schwerpunkt. Für sie darf die Diskussion nicht bei den Kosten und der Versorgungssicherheit enden. Entscheidend sei ebenso, wer künftig über die Nutzung der natürlichen Ressourcen bestimme. Mit dem Klimawandel verschärfe sich diese Frage zusätzlich. Steigende Temperaturen, schwindende Gletscher und veränderte Niederschlagsmuster werden den Wasserhaushalt der Alpen verändern.

Wasser werde deshalb zu einer strategisch immer wichtigeren Ressource. Dabei gehe es nicht allein um die Stromproduktion. Auch Hochwasserschutz, Bewässerung und Trinkwasserversorgung seien betroffen. Gerade in trockenen Sommern könnten diese Nutzungsansprüche stärker miteinander konkurrieren. Für Biner ist klar, dass die Kantone auch künftig bei der Bewirtschaftung ihrer Wasserressourcen eine zentrale Rolle spielen müssen. Sie dürften nicht zu blossen Standortgebern für die Stromproduktion werden, während die wirtschaftlichen und regulatorischen Entscheidungen anderswo getroffen würden.

Flatt sagte, der Umbau zu einem erneuerbaren Energiesystem sei nur in einem integrierten europäischen Strommarkt effizient und kostengünstig zu bewältigen. Die unterschiedlichen Produktionsformen ergänzten sich: Windstrom aus Deutschland, Solarstrom aus Spanien und flexibel verfügbarer Speicherwasserstrom aus den Schweizer Alpen. Gerade die Walliser Wasserkraft könne dabei eine wichtige Rolle spielen.

Umgekehrt warnte Flatt vor den Folgen eines energiepolitischen Alleingangs. Scheitere das Stromabkommen, könnte dies den Ausbau der Pumpspeicherkraftwerke im Wallis erschweren. Die Schweiz müsste ihre Stromversorgung stärker eigenständig absichern. Damit steige das Risiko, dass im Mittelland zusätzliche Gaskraftwerke gebaut würden – mit entsprechenden Folgen für die Klimabilanz. Ein Scheitern des Abkommens könnte somit ausgerechnet den Übergang zu einer klimafreundlichen Energieversorgung bremsen.



Engagiert gegen das Stromabkommen: die Walliser Energieministerin Franziska Biner (Die Mitte Oberwallis). Bild: zvg/JanBrantschen.ch

«Müssen wegkommen von der Idee, alles allein zu machen»

John Sieber, CEO der Enbag AG, beurteilte das Stromabkommen aus Sicht eines regionalen Walliser Energieversorgers grundsätzlich positiv. Es stärke die Versorgungssicherheit, die Netzstabilität und die Rechtssicherheit und ermögliche die Einbindung in den grenzüberschreitenden Stromhandel. «Wir müssen wegkommen von der Idee, dass wir innerhalb unserer Grenzen alles selbst machen können. Das halte ich für einen gefährlichen Ansatz», sagt Sieber mit Blick auf einen möglichen Alleingang der Schweiz.

Die vollständige Marktöffnung verlange von den Versorgern einen erheblichen Wandel und Investitionen in IT, Digitalisierung und dynamische Tarife. «Die ganze Marktöffnung heisst nicht, dass es am Ende einfach billiger wird. Aber es ist die Zukunft – wenn wir nicht mitgehen, werden wir eingeholt.» *(bra)*